

**Neueste Nachrichten aus der Welt des gefährlichsten Räubers aller Zeiten, „Vater Staat“, oder
Mögliche letzte staatliche Besteuerungs- und Vermögensabgreifmaßnahmen vor dem Blinksignal „Game over“**

0. Vorbemerkungen
1. Die Erörterung der Alternative 1
2. Die Erörterung der Alternative 2
3. Die Erörterung der Alternative 3
4. Ihre möglichen Schutz- und Abwehrmaßnahmen gegenüber dem größten Räuber aller Zeiten
5. Fazit

Neueste Nachrichten aus der Welt des gefährlichsten Räubers aller Zeiten, „Vater Staat“, oder Mögliche letzte staatliche Besteuerungs- und Vermögensabgreifmaßnahmen vor dem Blinksignal „Game over“

0. Vorbemerkungen

Der vorliegende Artikel versucht die Möglichkeiten aufzuzeigen und zu diskutieren, mit Hilfe derer eine von der Hyperinflationsangst besessene Regierung wie die deutsche Bundesregierung im letzten Moment versuchen könnte, die vor der Tür stehende Hyperinflation unter dem Einsatz aller noch vorhandenen und noch möglichen finanziellen Mittel abzuwenden. Ein wahres Instrumentarium staatlich verordneter Grausamkeiten wird sich uns allen auftun. Dennoch werden Sie an dieser Gruselausstellung teilnehmen müssen, um sich mental und praktisch entsprechend vorbereiten zu können.

„Vater Staat“ ist nicht der Ihnen wohlgesonnene und Wohltaten aller Art von der Abwrackprämie bis zum Kindergeld verteilende Wohlfahrtsstaat alter sozialdemokratischer Prägung. Diesen haben wir seit den Siebzigerjahren in der BRD ab dem Regierungsantritt Willy Brandts 1969 und in Österreich unter der Kanzlerschaft des seligen Bruno Kreisky, dem wir sogar sein vorher gegebenes und dann gebrochenes Versprechen, nach der Ablehnung des Atomkraftwerkes in Zwentendorf durch die Volksbefragung aller stimmberechtigten Österreicher, zurückzutreten verziehen haben, schätzen gelernt und lieb gewonnen. NEIN! Der Wohlfahrtsstaats-Hirte ist zum gefährlichen Räuber Wolf mutiert, der überall und ständig lauert, uns unser hart erarbeitetes Geld wieder abzunehmen und in so viele sinnvolle Projekte wie den Afghanistankrieg, Reparationszahlungen in Höhe von 86 Millionen Euro jährlich für den verlorengegangenen 1. Weltkrieg von 1914 bis 1918(!), zweistellige oder gar dreistellige (inklusive des Handelsüberschusses der BRD!) jährliche Milliardenzahlungen an die EU in Brüssel zur Unterstützung so fiskalisch grundsolider Staaten wie den PIIGS (= Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) etc. zu stecken.

Von den „Bailouts“ für unsere Zocker-Banken im dreistelligen Milliardenbereich ganz zu schweigen.

Kein Wunder, dass die offiziellen Staatsschulden der BRD (ohne Nebenhaushalte!) sich auf ca. 1,7 Billionen Euro Ende 2009, d.h. etwa dem siebenfachen Bundeshaushalt bewegten!

In 2010 muss der Bundesfinanzminister laut Dezember 2009 Ankündigung ca. 100 Milliarden Euro neu aufnehmen und ca. 400 Milliarden Euro Altschulden „weiterrollen“, d.h. umfinanzieren. Das ergibt zusammen eine schlappe halbe Billion Euro, mit den zusätzlichen Neuschulden der Länder und Kommunen sogar ca. 544 Milliarden Euro. Das ist etwa der zweifache Bundeshaushalt der BRD, der finanziert werden müsste. Ein Ding der Unmöglichkeit. Und gleichzeitig brachen in 2009 die Lohn-, Einkommens-, Umsatz- und Körperschaftssteuer-einnahmen dramatisch ein! Und die Sozialausgaben für die ständig wachsende Zahl der Kurzarbeiter (= verdeckte Arbeitslose!) und der Arbeitslosen steigen massiv an!

Wie soll diese auseinanderklaffende Einnahmen-Ausgaben-Schere überhaupt noch halbwegs finanziert werden?

Meiner Einschätzung nach ergeben sich nur die folgenden 3 Alternativen:

Alternative 1:

Der Staat streicht die Ausgaben radikal zusammen und versucht gleichzeitig, die Einnahmen angemessen zu erhöhen.

Alternative 2:

Der Staat gibt das Geld wie bisher aus, gibt den Kampf um einen stabilen Euro auf und schlägt bewusst den Kurs der Hyperinflation ein.

Alternative 3:

Der Staat gibt das Geld wie bisher aus und erhöht die verbrauchsabhängige Mehrwertsteuer drastisch auf allen Gebieten, insbesondere bei den lebensnotwendigen Waren wie Lebensmitteln und Energie, wo kein Bürger aus kann und wo es kaum noch Einsparmöglichkeiten gibt. Gleichzeitig versucht der Staat das ungeheure Sparvermögen seiner Bürger „anzuzapfen“, in dem er sie zwingt, einen Teil ihrer Spareinlagen gegen extrem niedrig verzinste lang laufende Staatsanleihen „einzutauschen“.

Wie Sie leicht sehen können, ist der Staat die größte Bedrohung für Ihr Vermögen für die kommende Zeit – er ist und bleibt ein Raub-Wolf ohne Gewissen und ohne Rücksichtnahme auf seine Bürger! Zur Klarstellung: Ich schreibe diese

Zeilen NICHT, weil ich ein Staatsfeind bin. Beileibe nicht! Ich schreibe diese Zeilen auch NICHT, weil ich eine wie auch immer geartete Diktatur befürworte. Beileibe nicht!

Aber ich schreibe diese Überlegungen auf, um zu zeigen, welche Handlungsalternativen einen überschuldeten, letztendlich um den Systemerhalt der parlamentarischen Demokratie und des kapitalistischen Systems kämpfenden Staat mit seinen den Machtverlust befürchteten Politikadern (von „Eliten“ will ich angesichts dieser Negativauswahl an meist korrupten und unfähigen Personen der oft 3. Garnitur bewusst nicht sprechen!) noch bleiben.

Und wie wir uns letztendlich vor diesen für unser persönliches Überleben bedrohenden Maßnahmen schützen können.

Die Zeichen für einen „Paradigmenwechsel“, für den wie auch immer kommenden Systemuntergang stehen in roter Leuchtschrift mit fluoreszierenden Buchstaben an der Wand. Es kann NIEMAND diese Aufschrift übersehen. Selbst die Blinden spüren diese Aufschrift. Nur die geistig Blinden, die Realitätsverweigerer, die Staatsgläubigen, die Dumm-Esoteriker jeglicher Couleur, sehen NICHTS und wollen NICHTS sehen!

„Aude sapere“ ist ihnen wirklich ein fremdsprachliches Idiom.

Zurück zur Einschätzung der Wahrscheinlichkeit der diversen Alternativen.

1. Die Erörterung der Alternative 1

Alternative 1:

Ein energischer, dynamischer, unverbrauchter junger Kanzler wie der junge Adelige aus Franken könnte (1. Konjunktiv) es, wenn vorher diese tausend nichtsnutzigen staats- und volksverräterischen „Bedenkenträger abgetreten“ würden (2. Konjunktiv) schaffen, nämlich die Ausgaben radikal zu kürzen:

- a) den Zuschuss des Bundeshaushaltes an die Rentenversicherung auf Null setzen. Dies entspräche ca. 80 Milliarden Euro pro Jahr und somit schon fast der gesamten Neuverschuldung des Bundes ohne Nebenhaushalte avisiert für 2010. Dementsprechend müssten alle Renten um ca. 30 Prozent gekürzt werden.
- b) Pensionistenbezüge der ehemaligen Beamten den Rentnerbezügen gleichstellen. Dies entspräche ca. 50 Prozent der staatlichen Pensionsausgaben, denn ein Pensionist erhält im Alter ungefähr doppelt soviel wie ein Rentner,

- der vorher mittels seines Arbeitnehmer- und des Arbeitgeberanteils jahrzehntelang in die Renten-(Betrugs-)“Versicherung“ eingezahlt hat, der „Beamte“ jedoch NICHTS! Und mit welchem Recht sollte der Beamte dann doppelte Altersbezüge erhalten?
- c) den unseligen, verlorenen, kostspieligen Krieg in Afghanistan sofort beenden. Kostenersparnis: unbekannt
 - d) den deutschen EU-Beitrag sofort halbieren oder dritteln. Die Ersparnis im zwei bis dreistelligen Milliardenbereich?
 - e) die versteckten und auch offenen Zahlungen an die Alliierten, unsere „Freunde“, 64 Jahre nach Kriegsende sofort beenden. Im Gegenteil, die Bundesregierung müsste den Amerikanern, Briten und Franzosen für die Nutzung deutschen Gebietes für Stützpunkte Pachtzahlungen abverlangen.
 - f) die sogenannte „Entwicklungshilfe“ halbieren und nur noch an Verbündete und Wirtschaftspartner in der 3. Welt gegen Gegenleistung wie z.B. Abkommen über Rohstofflieferungen leisten. Denn eine Hand wäscht bekanntlich die andere.
 - g) Zahlungen an Israel komplett einstellen, solange Israel eine Politik nicht im Sinne der „Oslo Roadmap“ und der Beschlüsse der Vereinten Nationen verfolgt. Dauerhafter Stop jeglicher Rüstungsgüterlieferungen an Israel, um die Nahostkriegsgefahr einzudämmen!
 - h) angemessene Steuererhöhungen bis höchstens 10 Prozent je nach Steuerart durchführen.
 - i) Hartz IV-Bezüge um 20 Prozent kürzen und im Gegenzug für Zahlungen eine Arbeitspflicht einfordern. So muss jeder erwachsene Hartz IV-Empfänger z.B. im Winter täglich eine Stunde Schnee in den Städten räumen. Und keiner braucht mit Attesten wegen „Rückenschmerzen“ kommen! Denn, liebe Hartzer, das sei Euch einmal in aller Deutlichkeit einer wahrheitsgemäßen „Political Uncorrectness“ gesagt. Millionen von chronisch Kranken und schwerbehinderten Erwerbstätigen gehen trotz ihrer Beschwerden und oft auch noch unter Schmerzen tagein, tagaus 8 bis 10 Stunden pro Werktag plus Fahrzeit arbeiten und das ohne Klagen und ohne „Stütze vom Amt“. Im Gegenteil, diese Menschen erarbeiten, „backen“ mit den anderen Millionen Werktätigen den „Kuchen“ von dem Ihr auch ein zwar kein üppiges, aber ausreichend großes Stück zum Leben ohne Arbeit

abbekommt! Und da wäre eine Stunde Schneeschippen im Winter, von Euch erbracht, damit Straßen und Gehsteige frei sind, besonders für alte und gebrechliche Menschen, wirklich NICHT zuviel verlangt! Und nach dem Staatsbankrott winkt Euch sowieso die Arbeitspflicht, wenn Ihr überleben wollt! Denn dann wird es in der entstandenen Massen-Not-Gesellschaft ganz schlicht heißen: „Wer nicht arbeiten will, bekommt auch nichts und wird nichts zum Essen haben“. Soviel zu diesem Exkurs.

- j) Renten zusätzlich um ca. 10 – 15 Prozent kürzen
- k) eine echte Verwaltungsreform durchführen und die Zahl der 16 Bundesländer auf 6 bis 8 reduzieren. Gleichzeitig werden alle Frauenbeauftragten-, Gleichstellungsbeauftragtenstellen für Migranten, Homosexuelle etc. ersatzlos gestrichen. Mindestens 2 Millionen öffentliche Angestellte und Beamte werden entlassen. Aber soviel Mut und Durchsetzungsvermögen hat keiner. Darum scheidet definitiv Alternative 1 aus!

2. Die Erörterung der Alternative 2

Die Alternative 2 wäre:

Der Staat weiß, dass es für eine Rettung der Euro-Währung zu spät ist. Er beschreitet den Weg der Hyperinflation und gibt das Geld wie bisher aus.

Die Bestellung von 14 (!) Gelddruckautomaten der Firma Ruhlamat für die Münchner Gelddruckerei Giesecke und Devrient (vgl. Welt online vom 21.12.2009) bestätigen diesen Verdacht. Um es klarzustellen: Ich halte das Einschlagen des hyperinflationären Weges für die eigentlich schmerzlosere Variante als z.B. Alternative 3 mit vielen neuen staatlichen Folterinstrumenten. Seien wir ehrlich, unsere Ersparnisse und Renten-„Guthaben“ (offiziell Anrechnungspunkte!) sind eigentlich längst verschwunden. Eine Hyperinflation mit anschließender Währungsreform kommt einer Amputation gleich: ein relativ kurzer aber sehr heftiger Schmerz. Ca. drei Jahre bis zum Ende der Hyperinflation wird es sehr unangenehm. Aber danach kann die finanzielle und wirtschaftliche Gene-sung mit einer hoffentlich edelmetallgedeckten, inflationsresistenten neuen Währung beginnen.

Ideal wäre es, wenn vorher sogar noch ein „Steuerbonus“ in Höhe von ca. 2.000 bis 4.000 Euro pro Steuerzahler ab einem bestimmten zu versteuernden Ein-

kommen rückerstattet würde. Oder der zu zahlende „Soli“ ausgesetzt werden würde.

Dies würde den steuerzahlenden Teil der Bevölkerung, der die andere Hälfte mitfinanziert, ein gutes Startkapital für eine Krisen-Grundvorbereitung geben. Bei vielen Rentnern wäre dies nicht notwendig, weil sie über entsprechende Rücklagen verfügen.

Die „Hartzler“ (Notstandshilfebezieher) beziehen bereits ihren kompletten Lebensunterhalt aus der Allgemeinheit, d.h. aus den Steuern der Leistungsträger, und dürfen NICHT ein zweites Mal alimentiert werden. Denkbar wäre höchstens noch ein Lebensmittel-Monatsbedarf in Sachleistungen. Gleichzeitig soll die Bevölkerung langsam aber behutsam auf die hohe Wahrscheinlichkeit einer bald kommenden Hyperinflation durch Zeitungsartikel, Infosendungen, Fernsehdiskussionen mit Wirtschaftshistorikern und noch lebenden Zeitzeugen, Büchern etc. vorbereitet werden.

3. Die Erörterung der Alternative 3

Die wahrscheinlichste Handlungsvariante der Regierung ist die drastische Erhöhung der verbrauchsabhängigen Mehrwertsteuer. Wir schließen es nicht ganz aus, dass der deutsche Staat im letzten Moment vor der Hyperinflation den folgenden verhängnisvollen und für die Bevölkerung extrem schädlichen Weg wählt. Der Staat gibt das Geld wie bisher aus und fährt seine Ausgaben nicht herunter. Angesichts der dramatischen Steuereinnahmerückgänge erhöht er die verbrauchsabhängige Mehrwertsteuer auf allen Gebieten. Folgende Steuererhöhungen halte ich für denkbar und realistisch.

1. Die Erhöhung der generellen Mehrwertsteuer von 19 auf 25 Prozent
Die generelle Mehrwertsteuer wird um 6 Punkte auf 25 Prozent erhöht. Der reduzierte Satz von 7 Prozent entfällt ganz.
2. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von 7 auf 21 Prozent
Essen muss jeder! Deshalb empfiehlt es sich, die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel um 14 Punkte auf 21 Prozent zu erhöhen und somit zu verdreifachen. Es wäre immer noch ein um 4 Punkte ermäßigter Satz.
3. Die Mehrwertsteuer Luxusategorie von 30 bis 33 Prozent
Der Autoabsatz in 2010 dürfte nach dem Wegfall der Verschrottungsprämie am Boden liegen. Alle Luxusgüter wie Boote, Urlaube, Flugreisen, Wohn-

mobile, Schmuck, Möbel und Autos etc. bis ca. 30.000 Euro sollen mit einer 30 Prozent Mehrwertsteuer belegt werden. Bei noch teureren Autos ab 60.000 Euro können es auch 33 Prozent sein.

4. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent auf 10 Prozent

Grundstücke und Immobilien bis zu einem Wert von ca. 400.000 Euro (= eine mittelgroße Wohnung in München oder ein Haus auf dem Land) könnten mit einer Grunderwerbsteuer von 10 Prozent belegt werden, teurere Immobilien mit vielleicht 12,50 Prozent.

Die Grunderwerbsteuer kann in 2 Jahresraten abgetragen werden.

Der jährlich zu entrichtende Grundsteuersatz könnte verdoppelt oder auch verdreifacht werden.

Vielleicht löst die offizielle Ankündigung derartiger „Grausamkeiten“ für Immobilienbesitzer nochmals einen Art „Crack up Boom“ auf dem Immobiliensektor aus und gibt Schuldnern die wirklich letzte Möglichkeit, ihre überschuldeten Immobilien günstig abzustoßen?

5. Als „Klimasteuern“ kaschierte Mobilitätssteuern

Folgende als „Klimasteuern“ kaschierte Mobilitätssteuern könnten vor allem dazu dienen, die Mobilität der Bevölkerung erheblich zu reduzieren und somit krisisbedingt die Gefahr von Aufständen nahezu zu bannen.

5.1 Ein CO₂-Abgabe von 50 Cent bis 100 Cent pro Liter Sprit

Unter dem Vorwand, die CO₂-Abgase zu reduzieren, könnte eine „CO₂-Reduktions-Abgabe“ von ca. 50 Cent bis 1 Euro pro Liter Benzin und von ca. 30 Cent bis 60 Cent pro Liter Diesel eingeführt werden. Unter Umständen könnte als „Zuckerl“ die Kfz-Steuer im Gegenzug abgeschafft werden.

5.2 Die Einführung einer allgemeinen Straßen- und Autobahnmaut von anfangs ca. 150 – 200 Euro pro Fahrzeug und pro Jahr

Sicher wird der Staat genauso wie die deutschen Nachbarstaaten eine allgemeine kilometerunabhängige Straßen- und Autobahnjahresmaut in Höhe von anfangs ca. 150 bis 200 Euro pro Fahrzeug einführen. Aus Vereinfachungsgründen könnten 4 Fahrzeugklassen, Motorrad, Klein / Mittelklassewagen, Fahrzeuge der gehobenen Klasse und Großfahrzeuge wie Sprinter, Campingmobile etc. u.U. mit Preisstaffelungen eingeführt werden.

5.3 Eine CO₂-Pflichtabgabe auf alle Flugreisen, Fernreisen, größere Urlaubsreisen und ein- bis zweitägige Kurzflüge und Kurzurlaube

Wieder muss der CO₂-Klimaschwindel erhalten und auf alle Flugreisen, Fernreisen, größere Urlaubsreisen und ein- bis zweitägige Kurzflüge und Kurzurlaube eine „CO₂-Plichtabgabe“ in Höhe von 10 bis 20 Prozent der Reisekosten erhöhen. Vielleicht erhalten Geschäftsreisende eine reduzierte Rate?

5.4 Reduzierte CO₂-Plichtabgaben auf Bahn und öffentliche Verkehrsmittel

Um die Bevölkerung weg vom Auto in die bereits oft überfüllten Züge und öffentlichen Verkehrsmittel zu locken, wird für Bahnfahrkarten und Öffis-Fahrscheine nur eine reduzierte CO₂-Plichtabgabe gefordert. Allerdings können wir uns eine erhebliche Reduzierung der öffentlichen Zuschüsse für Ausbau und Unterhalt vorstellen, was dann zu einem weiteren Preisschub bei Bahn und Öffis führen muss. Aber öffentliche Verkehrsmittel werden im Vergleich zu Autos sehr günstig sein!

All die geschilderten Maßnahmen werden wesentlich dazu beitragen, die Mobilität der BRD Bevölkerung zu reduzieren und somit das Revolutionspotential im Sinne der herrschenden Eliten im Ansatz zu bannen!

6. Anwendung der „Klimasteuer“ im Wohn- und Bausektor

Auch im Wohn- und Bausektor besteht für den bankrotten Staat ein unheimlich gigantisch großes „Abzockpotential“.

6.1 Das „Klimafünferl“ oder „Klimazehnerl“ pro verbrauchter Kilowattstunde Strom

Jeder braucht Strom zum Kühlen, Kochen, Beleuchten und für die tausend elektrischen und elektronischen „Skaven“, die sich in jedem Haushalt finden: Kühlschrank, Herd, Lampen, Waschmaschine, TV, Stereoanlage, Computer etc. etc. Da halte ich es nicht für weit hergeholt, wenn ein „Klimafünferl“ von 5 Cent pro Kilowattstunde Strom oder gar ein „Klimazehnerl“ von 10 Cent erhoben werden würde! Damit würde sich eine Kilowattstunde Strom von ca. 20 Cent auf 25 Cent oder gar 30 Cent erhöhen, d.h. ein Anstieg von 25 bis 50 Prozent!

Und überlegen Sie, wie viele Milliarden bei den Gigawattstunden Strom zustande kämen. Multiplizieren Sie ca. 40 Millionen Wohnungen mit ca. 2.500 Kilowattstunden im Durchschnitt. Das ergibt ca. 100 Milliarden Kilowattstunden Jahresstromverbrauch der privaten Haushalte. Mit dem „Klimafünferl“ kämen 5 Milliarden Euro, mit dem „Klimazehnerl“ kämen ca. 10 Milliar-

den Euro herein! Und ich will mir gar nicht ausdenken, was selbst bei einem erheblich reduzierten Satz für die Industrie hereinkäme!

6.2 CO₂-Abgaben auf nichtgedämmte Häuser und andere Gebrauchtimmobili- en mit veralteten Heizungssystemen

Eigentümer älterer, nichtgedämmter Gebrauchtimmobilien, die oft noch mit ineffizienten veralteten Heizungssystemen ausgestattet sind und von daher sehr schlechte Energiepasswerte aufzeigen, könnten entweder gezwungen werden binnen vielleicht 2 Jahren auf eigene Kosten „nachzurüsten“ oder bis zur Realisierung dieser Energieeffizienzmaßnahmen hohe „CO₂-Pflichtabgaben“ ständig bezahlen zu müssen.

Das würde die meisten „Hausherrn“ unter Zugzwang setzen zu investieren. Pro Immobilie könnten schnell Kosten bis zu ca. 70.000 Euro zusammen kommen. Damit müssten die „Hausherrn“ letztendlich ein Konjunkturpro-
gramm p r i v a t finanzieren müssen!

Aber das würde unsere grünen „Gutmenschen“ wenig stören. Denn zahlen müssen es ja die anderen!

Die Immobilienpreise und –nachfrage würde angesichts all der geschilder-
ten Maßnahmen kräftig nachgeben, zumal wenn noch als weitere „umwelt-
schützende Maßnahme“ folgende Steuer kommen würde:

6.3 Die Flächenverbrauchssteuer

Pro Tag werden mehrere hundert Hektar für Straßen, Gewerbebauten, Wohnhäuser etc. verbraucht. Was liegt da unseren grünen Gutmenschen näher, als jedes Bauvorhaben mit einer „Flächenverbrauchssteuer“ in Höhe von vielleicht 0,5 bis 1 Prozent der Gesamtbaukosten zu belegen?

Die rigorose Anwendung einer hohen „Zweitwohnungssteuer“ wird sowieso kommen, weil sie die leeren Säckel der Kommunen füllen wird.

Die Ebene der Kommune ist nämlich die Staatsebene, die für Ihr unmittelbares Überleben am wichtigsten ist! Denn der Magistrat Ihrer Stadt, Ihres Städtchens, Ihres Gemeindeverbandes kümmert sich um:

- a) die Strom-, Wasser-, Gas- und teilweise auch um die Heizungsversor-
gung, egal ob es sich dabei um ein Fernwärme-, Gas- oder ein Geo-
thermieheizungssystem handelt
- b) die Abwasseraufbereitung und das Instandhalten der Kanalisation

- c) die Müllentsorgung von der regelmäßigen Abholung von Ihrem Haus bis zur fachgerechten Entsorgung auf einer Deponie oder durch Verbrennen im Heizkraftwerk. Kann dies alles nicht mehr durchgeführt werden, besteht Epidemiegefahr und die größte Bewohnergruppe in Ihrem Heimatort werden dann die vom Müllgut gemästeten Ratten sein!
- d) die Wartung und Kontrolle des städtischen Straßennetzes durch Reparaturen und Verkehrsleitsysteme
- e) die Bereitstellung, die Wartung und den Ausbau der Öffis von Buslinien, Stadtbuslinien und den Metrolinien als wichtigste schnelle Ersatzverkehrsmittel, wenn aus Spritmangel kein Individualautoverkehr mehr möglich ist
- f) das Schulwesen
- g) die diversen sozialen Einrichtungen
- h) Ihre Sicherheit in Zusammenarbeit mit der Polizei, Feuerwehr, Rettung etc.
- i) die Organisation einer minimalen und streng rationierten Lebensmittelverteilung durch THW, Suppenküchen in Kirchengemeinden etc.
- j) das Gesundheitswesen (Gesundheitsamt, Hospitäler).

Nochmals, fällt die Stadt oder Gemeinde als unterste gemeinschaftliche und staatliche Ebene komplett oder auch nur teilweise aus, fehlt das soziale Netzwerk größerer Prägung, das wir für ein einfacheres und sicheres Überleben eigentlich alle bräuchten!

Ich gehe davon aus, dass den Kommunen per Bundes- oder Landes-Notverordnung ähnlich wie in den vergangenen Weltkriegen ein weitgehendes Eingriffsrecht mit unkompliziertem Sofortzugriff ohne große langwierige Gerichtsverfahren auf Firmen und Privateigentum der Bürger(innen) erlaubt werden wird!

Selbst wenn Ihr Magistrat nur mehr einen extrem „abgespeckten“ Maßnahmen- und Dienstleistungskatalog anbieten kann, wird es Ihr und Ihrer Familie Überleben extrem erleichtern und begünstigen!

Oder anders formuliert, in unser aller Interesse müssen wir die untersten staatlichen Träger auf der Kommunalebene unbedingt am Leben erhalten!

Und dafür gegebenenfalls auch Opfer bringen!

Das heißt in logischer Konsequenz ferner, die jetzigen Machtinhaber und Fachleute mit Sachkenntnissen selbst bei Fehlverhalten nicht sofort zum Teufel jagen, sondern sie ob ihrer jeweiligen Unabdingbarkeit (wenigstens teilweise) in ihren Ämtern und Posten belassen, um die reibungslose Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Abwasserentsorgung zu gewährleisten!

Dies gilt natürlich nur für die Elementarbereiche Versorgung, Verkehr, Gesundheit und Sicherheit. Der Kultur- und Sozialverwaltungswasserköpfe kann man sich natürlich gleich sofort per Entlassung entledigen! Und gigantisch einsparen!

Auch den kleinkarierten und ökofaschistischen Terrormaßnahmen bei Bauvorhaben muss sofort ein Ende gesetzt werden!

7. Verdoppelung der Alkoholsteuer und Erhöhung der Tabaksteuer um bis zu 50 Prozent

„Gesoffen und geraucht wird immer“. Logischerweise wird das Finanzamt seine Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer erheblich ausbauen können. Eine Verdoppelung der Alkoholsteuer und eine Erhöhung der Tabaksteuer um bis zu 50 Prozent wäre nicht abwegig. Gleichzeitig könnten genug Stellen im Zollbereich geschaffen werden, um die vietnamesische Zigarettenmafia und den Zigaretten schmuggel aus Osteuropa „auszutrocknen“.

Ich kann mir sogar die alleinige Abgabe von Alkohol und Tabak in staatlichen Monopol-Läden ähnlich wie beim Alkoholverkauf in Schweden vorstellen.

Vielleicht fällt nach dem Crash in vielen Ländern sogar das Cannabis-Anpflanz- und Verkaufsverbot für bestimmte, von einer Privatperson zu verkonsumierende kleinere Mengen, weil sich erstens das Cannabis-Verbot staatlicherseits NICHT mehr durchsetzen lässt und zweitens, weil der staatliche Monopolverkauf von Cannabis weitere Einnahmen in das leere Staatssäckel spülen würde. Und drittens würde auch eine Bevölkerung, die alle Art von legalen Drogen konsumiert, nicht rebellieren und somit die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen und politischen Status Quo sehr einfach machen!

Wenn es zu einem Ausfall oder einem ernsthaften Versorgungsengpass mit Mahlgetreide und Erdäpfeln infolge des Zusammenbruchs des globalen Handels und / oder von nationalen und regionalen Missernten kommen sollte, wird unserer Einschätzung nach sowieso ein totales Verbot für die Herstellung von Biokraftstoffen und für die Alkoholdestillation im großen Stil verhängt. Denn jedes Getreidekorn, jeder Erdapfel muss dann für die Volksernährung bereitstehen! Wir können uns höchstens noch eine erheblich reduzierte Alkoholdestillation durch staatlich Destillieren vorstellen.

Und die Preise für eine Flasche Schnaps / Wodka werden sich dann ohne hyperinflationären Effekt mindestens verdoppeln, wenn nicht gar verdreifachen! Fusel wird kaum als ernsthafter Konkurrent am Markt auftauchen, weil jeder um die gesundheitlichen Gefährdungen weiß! Höchstens der von „Fachleuten“, arbeitslosen Brennern, gebrannte Schnaps könnte eine Konkurrenz zum staatlichen Produkt darstellen!

8. Protektionistische Einfuhrzölle insbesondere für Industrieprodukte aus der Volksrepublik China und dem restlichen Asien

Wenn die einheimische Arbeitslosigkeit weiter rasant ansteigt, die deutschen Exporterlöse weiter einbrechen, wird mancher Arbeitgeber- und Gewerkschaftsführer gleichermaßen die drastische Erhöhung von Importzöllen von der Regierung einfordern, die effektiv in etwa eine Preisverdoppelung bei Importware für den Konsumenten bedeuten.

Allerdings würden dadurch viele einheimische Industrien wieder konkurrenzfähig und es könnten sogar die deutsche Textil- und Lederwarenindustrie etc. wiederbelebt werden.

Vielleicht kommt es in bestimmten Produktklassen zu einem Totalimportverbot?

9. Die Erhebung einer modifizierten Form der TOBIN Steuer auf internationale und nationale Finanztransaktionen

Unter dem Vorwand, das „Finanz-Zockerkasino“ zu bändigen, könnte eine modifizierte und reduzierte Form der TOBIN Steuer-Erhebung in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig würden Aktien an Investitionsattraktivität zugunsten der Staatsanleihen verlieren.

10. Spezielle Importsteuern auf ausländische Lebensmittel, Südfrüchte, Bohnenkaffee, Schwarztee etc.

Wenn die Euro-Währungsunion bereits erheblich zerrüttet ist oder gar am Auseinanderfallen ist, könnte die Regierung sich gezwungen sehen, ausländische Lebensmittelimporte auf das absolute Lebensminimum zu beschränken, um den Devisenabfluss / Goldabfluss möglichst gering zu halten. Viele heute selbstverständlich importierte Produkte wie alle Art von exotischen Früchten und Fischen, wie Südfrüchte werden dem Diktat des Devisenmangels zum Opfer fallen und nicht mehr importiert werden dürfen.

11. Indirekte Rationierung über Preisaufschläge bei sehr gefragten Waren

Wenn die Gesamtversorgungssituation bereits sehr angespannt ist, gibt es zwei Möglichkeiten der Rationierung

- a) die aus den Weltkriegern und der Nachkriegszeit bekannten und gefürchteten staatlich verordneten Rationierungen aller Art, wo die Abgabe nur noch auf Lebensmittelkarten, Kleiderkarten, Lederkarten etc. etc. erfolgt. Dies würde der Bevölkerung aber sofort signalisieren: Unser Land ist am Absaufen / Abstürzen! Die Situation ist total ernst! Und es könnte für die Regierung schwierig werden.
- b) die elegante indirekte Form der Rationierung über den hohen Abgabepreis ohne Rationierung. So schöpfte z.B. die DDR überschüssige Kaufkraft ab, wen ein „Buntfernseher“ (= Color TV) ca. 6.000 Mark bei ca. 700 Mark Durchschnittsmonatsgehalt kostete! Und das ist in unserer DDR 2.0 auch ohne weiteres vorstellbar, vor allem, wenn der globale Handel zusammengebrochen ist und kaum mehr günstige Produkte aus Fernost kommen können. Diese bisher günstigen Konsum- und Gebrauchsgüter würden durch die starke Anhebung der Mehrwertsteuer, der zusätzlichen Einführung von Luxussteuern, CO₂-Abgaben etc. etc. soviel Kaufkraft abschöpfen, dass ungeheure Summen Geldes aus dem System problemlos entnommen werden könnten! Die Geldumlaufmenge und -geschwindigkeit gingen zurück, auch ein Crack up Boom würde nur wesentlich verzögert und zögerlicher und damit steuerbarer einsetzen und die Sparbücher würden auch nicht in Bank Runs geplündert! Gleichzeitig würden die maroden öffentlichen Kassen wenigstens teilsaniert! Was möchte ein Finanzminister und Notenbankchef mehr?

12. Staatlich verordnete Zwangsbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Zwangsabgabemengen zu staatlich festgesetzten niedrigen Preisen

Kommt es infolge des sich abzeichnenden oder bereits stattgefundenen Eurowährungsunionszusammenbruchs und des Welthandelszusammenbruchs zu schweren Versorgungsengpässen und –ausfällen, könnte die Regierung versucht sein, die landwirtschaftliche Erzeugung, den Vertrieb, die Verarbeitung etc. unter die ansonsten für Kriege typische Zwangsbewirtschaftung mit strengen Auflagen und strengen staatlichen, durch die Behörden und Gemeindevertreter vor Ort ausgeübten, lokalen Kontrollen zu stellen.

Die Folgen wären allerdings absolut verheerend:

1. Sofort würde ein Schleichhandel mit relativ hohen Preisen entstehen.
2. Die staatlicherseits relativ niedrig angesetzten Preise für die hohen abzuliefernden Zwangsbewirtschaftungsmengen würden den Bauern jegliche Motivation zu einem individuell hohen Arbeitseinsatz nehmen.
3. Die Versorgungskrise würde sich eklatant verschärfen.
4. Die Städter würden eine richtige Sauwut auf die „gierigen Bauern“ bekommen und zum Stehlen und Plündern ausrücken. Zuerst würde dies vereinzelt und unorganisiert geschehen, aber innerhalb kürzester Zeit (ca. binnen 2 Monaten!) gäbe es dann generalstabsmäßige Plünderungszüge auf das Land hinaus.
5. Menschenopfer wären zu beklagen und die landwirtschaftliche Erzeugung käme schließlich ganz zum Stillstand.
6. Endzustand: eine landesweite Hungersnot mit mindestens 20 bis 30 Prozent Hungertoten! (vgl. Ukraine in den 1920er und 1930er Jahren!)

Meine Gegenvorschläge lauten:

1. Aufteilung der nicht mehr lebensfähigen agrarindustriellen Großbetriebe in mittlere Mischbetriebe bis ca. 25 – 30 ha.
2. Ein Viertel bis die Hälfte der Erzeugung muss gegen Sprit, Dünger, Ersatzteile, Cash and die staatliche Rationierungsbehörde abgeliefert werden. Den Rest können die Landwirte frei am Markt direkt selbst oder über Verkaufsgenossenschaften zu freien Preisen veräußern.

Voraussichtlicher Lebensmittelpreisanstieg wäre schätzungsweise um 100 bis 300 Prozent.

3. Die Landwirte erhalten adaptionswillige und –fähige arbeitslose Städter als Arbeitskräfte. Diese Städter haben eine Kurzausbildung durchlaufen. Das fehlende Wissen lernen sie von ihrem jeweiligen Landwirt! Mit gutem Willen auf beiden Seiten müsste es gehen, aus „depperten Städtern und Bürohengsten“ binnen ca. 2 Jahren brauchbare Land(hilfs-)arbeiter zu machen!
4. Natürlich müsste ein Kreditmoratorium für verschuldete Landwirte erlassen werden, damit nicht zu viele „auf die Gant“ kommen!
5. Nebenerwerbslandwirte und Kleinstbauernhöfe sind nach Kräften zu fördern.
6. Landwirte und ihre Verbände sind bei der schnellen Planung und Umsetzung dieser und weiterer Vorhaben miteinzubeziehen.
7. Der Bauer muss als Garant der Ernährung als „Volksnährstand“ wieder eine wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung einnehmen!
Persönliche Anmerkung: Das Heiratsproblem vieler Bauern wird sich in der Krise von selbst erledigt haben! Allerdings für feministische „Büromamseln“ mit Nägeln aus dem Designerstudio und Schlafgewohnheiten bis 11 Uhr Mittag wird kein Platz auf dem Hof sein! Und das ist gut so! Gefragt sind realistische, zupackende, fleißige Frauen mit Bodenhaftung und einer gesunden christlichen Einstellung!

Der nächsten Schröpf-Maßnahme werden Sie selbst mit nur durchschnittlichen Ersparnissen definitiv kaum entgehen können!

13. Der Zwangsumtausch von Teilen Ihrer Ersparnisse gestaffelt nach Guthaben in sehr niedrig verzinste und sehr lang laufende Staatsanleihen.
Alle Ihre Sparguthaben sind dem Finanzamt bis zum letzten Eurocent akkurat bekannt. Und nicht einmal ansatzweise wird es dem deutschen Finanzminister gelingen, einen Teil der in 2010 dringend benötigten 544 Milliarden Euro auf den Kapitalmärkten aufzutreiben, zumal in 2010 eine globale Staatsneuerschuldungsorgie in Höhe von ca. 5,3 Billionen (davon ca. 3 Billionen allein auf die USA!) stattfinden wird. Da wecken die mehr als 2 Billionen Euro Ersparnisse der Deutschen (ohne Aktien und Lebensversicherungen) Begehrlichkeiten, derer sich die deutschen Bürger kaum erwehren

können. Um noch ein letztes Mal das endgültige Anwerfen der Notenpressen der 3 Gelddruckereien in Berlin, Leipzig und München in Richtung Hyperinflation abwehren zu können, könnte ich mir einen teilweisen Zwangsumtausch der Sparguthaben gestaffelt nach Guthabenklassen in äußerst niedrig verzinsten und lang laufende staatliche (Zwangs-)Anleihen mit mindestens fünfjährigen Mindesthaltezeiten ohne jegliche Zinsauszahlungspflicht des Staates vorstellen.

Eine realistische Guthabenstaffelung könnte dabei so in etwa aussehen:

0 – 5.000 Euro	=	0 % Zwangsanleihe
5.001 – 10.000 Euro	=	10 % Zwangsanleihe
10.001 – 25.000 Euro	=	12,5 % Zwangsanleihe
25.001 – 50.000 Euro	=	15 % Zwangsanleihe
50.001 – 100.000 Euro	=	20 % Zwangsanleihe
ab 100.001 Euro	=	25 % Zwangsanleihe
ab 250.000 Euro	=	35 % Zwangsanleihe
ab 1.000.000 Euro	=	50 % Zwangsanleihe

Unter Umständen greift die nächsthöhere Zwangsanleihenklasse bereits eine Gruppe früher?

Günstiger und effizienter könnte sich der Staat nicht refinanzieren!

Er würde überdies unabhängig von ausländischen Investoren und Kapitalmärkten.

Die technische Abwicklung könnte problemlos von den kooperierenden Geldinstituten und den Finanzämtern besorgt werden. Im schlechtesten Fall für den Bürger könnte sogar eine „Null-Zins-Zwangsanleihe“ für ca. 3 Jahre aufgelegt werden, d.h. ca. 3 Jahre wäre für die von den Bürgern einbehaltenen Zwangsanleihe gar kein Zins zu bezahlen!

14. Analoges Vorgehen bei endfälligen Lebensversicherungen, Aktiendepots, Banksparrplänen

Bei endfälligen Lebensversicherungen, Aktiendepots, Banksparrplänen könnte teilweise analog verfahren werden. Vielleicht zwingt Sie der Staat sogar noch, Ihre noch bestehenden Ansprüche an insolvent gegangene Banken und Versicherungen für Ersparnisse und Kapitalversicherungen abzutreten? Selbst wenn die Quote nur 1 bis 3 Prozent betragen würde,

kommen bei vielleicht Millionen von Ansprüchen ebenfalls riesige Geldforderungen heraus. Für „Vater Staat“ natürlich!

Wichtig zu merken für Sie ist:

Die eigentliche große einschneidende staatliche Teil-Defacto-Enteignung bei den verschiedenen „financial asset classes“, in denen die überwiegende Mehrheit der staatstreuen und biederen Bürger investiert ist, wird erst nach der Hyperinflation kommen! Denn der Staat und die noch übrig gebliebenen Sozialversicherungsträger und Großunternehmer werden sich in der Hyperinflation zwar komplett entschuldet haben, aber ohne jegliches Startkapital dastehen!

Die Finanzmärkte werden ob der globalen Hyperinflation völlig ausgetrocknet sein. Es bleibt dem Staat also nichts übrig, als mittels diverser Zwangsabgaben wie z.B. dem „Lastenausgleich“ auf das gerettete Vermögen der Bürger, das dann hauptsächlich aus Grundstücken, land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Immobilien, Aktien von von der Wirtschaftskrise profitierenden und überlebenden Unternehmen, Edelmetallen und Realgütern aller Art besteht, sich das notwendige „Startkapital“ in Höhe von minimal ca. einem derzeitigen Bundeshaushalt in Höhe von 250 Milliarden Euro und optimal in Höhe von ca. 600 Milliarden Euro einzutreiben. Aber das ist ein anderes Thema und würde den Rahmen unserer jetzigen Überlegungen sprengen!

4. Ihre möglichen Schutz- und Abwehrmaßnahmen gegenüber dem größten Räuber aller Zeiten

Der beschriebene Katalog an einschneidenden staatlichen Eingriffen in die Besitzstände des deutschen Volkes lässt keine Untergruppe außer Acht. Die eigentlich Geld- und Besitzlosen, die „Hartzler“ und die Arbeitslosen, werden mit ihrer staatlicherseits zwangseingeforderten Arbeitskraft gerade stehen müssen! Selbst nur eine Teildurchführung der geschilderten „Foltermaßnahmen“ nimmt einem die Sprache ob der Impertinenz und Kaltblütigkeit der derzeit noch herrschenden Führungskaste, dem Volk die Last für ihr Versagen in Wirtschaft und Politik aufzubürden.

Diesen schlimmsten Raubzug der Geschichte, der gewiss viele begierige Nachahmer in den anderen europäischen Staaten und in den USA finden wird, müssen wir individuell (und später kollektiv?) vereiteln!

Was können wir also im einzelnen tun?

1. Schränken Sie in der kommenden Phase 1 der staatlichen Ausplünderung Ihren alltäglichen Konsum weitestgehend ein. Die Phase 2 kommt ja nach der Währungsreform nach der Hyperinflation! Ziehen Sie jedoch Neuanschaffungen für dringend benötigte Haushaltsgeräte Möbel etc. vor!
2. Legen Sie sich einen möglichst großen Vorrat an Lebensmitteln und Hygieneartikeln zum Eigenverbrauch an. Kaufen Sie neben den gängigen Grundnahrungsmitteln wie Nudeln, Zucker, Salz, Gemüse-, Fleischkonserven etc. vor allem auch die Importnahrungs- und -genussmittel wie Reis, exotische Gewürze, Ananas, Südfrüchte, exotische Früchte in Dosen, Fischkonserven, Bohnenkaffee, Schwarztee etc. etc., die es später NICHT mehr geben wird! Und Sie sparen sich später viel Geld!
3. Pachten Sie einen Schrebergarten in Ihrer Nähe oder gestalten Sie Ihren bisherigen „Wellness-Garten“ zu einem produktiven Nutzgarten um. Sie werden dann wenigstens teilautark in Ihrer Nahrungsversorgung. Wenn es geht, halten Sie Hühner (Fleisch und Eier!) und züchten Sie Kaninchen, Gänse, Enten etc.
4. Reduzieren Sie Ihr monatliches Budget, leben Sie bescheiden!
5. Immobilien sollten Sie jetzt nur noch erwerben, wenn
 - a) Sie es (fast) schuldenfrei bewerkstelligen können
 - b) die Immobilie einen Garten beigeordnet hat, der auch von Ihnen gemäß Teilungserklärung nach Belieben in einen Nutzgarten verwandelt werden kann. Die Gartengröße sollte bei einem Streifen von mindestens ca. 6 m Breite bei einer Mindestgröße von ca. 120 bis 150 qm sein
 - c) die Immobilie noch relativ neuwertig ist (Baujahr nicht vor 2000!) und keinerlei Renovierungsstau bei der Heizung, der Fassade, den Fenstern aufweist
 - d) die Immobilie flächenmäßig und ausstattungsmäßig NICHT überdimensioniert ist

- e) und auch, was die Dämmung der Außenwände und des Daches und den dadurch resultierenden niedrigen Verbrauch der Heizung, die Niedrigverbrauchskategorieanforderungen des „Energiepasses“ erfüllt. (Ob wir uns allerdings mit „nachgedämmten“ Altbauten nicht ideale Schimmelpilzbrutstätten schaffen, sei dahingestellt. Thomas Göhler schrieb einen ausgezeichneten Aufsatz zur (Un-)Sinnigkeit von Gebäudedämmungen)
 - f) der Preis Ihrer Immobilie ca. 400.000 Euro nicht übersteigt. Sie sollten keinesfalls eine „großzügige“ (= überdimensionierte) und überteuerte Luxusimmobilie in einem sogenannten „gehobenen“ Wohnbezirk erworben haben!
6. Den meisten als „Klimasteuern“ kaschierten mobilitätsbezogenen Steuern und Abgaben entgehen Sie
- a) ganz, wenn Sie Ihr Auto jetzt noch rechtzeitig abstoßen und auf das Fahrrad, die Öffis und die Bahn sowie höchstens noch einen Elektroroller umsteigen.
 - b) Teilweise entgehen Sie der mobilitätsbezogenen Auspressung durch „Vater Staat“, wenn Sie Ihr spritfressendes, altes Auto gegen einen erheblich kleineren und wenig Sprit(= Diesel)verbrauchenden Kleinwagen – im Rahmen einer gewiss nochmals kommenden „Abwrackprämie“ nach der Mehrwertsteuer-Erhöhung für Autos – umtauschen. Selbstredend wird das kein Verlustgeschäft für den Staat. Denn wenn die Mehrwertssteuer dann 30 Prozent betragen wird bei einem Auto-neupreis von ca. 30.000 Euro, aber nur 6.000 Euro Abwrackprämie gewährt werden, beträgt das Plus für die Staatskasse ca. 3.000 Euro!
 - c) Selbstverständlich benutzen Sie Ihren Wagen nur dann, wenn es nicht mehr anders geht. Ihre jährlichen Fahrkilometer müssen sich also mehr als halbieren. Für unsere geliebte und geschätzte Landbevölkerung, die bisher 100 km und mehr täglich zwischen Arbeitsstätten und „Häusern im Grünen“ hin und her pendelte, wird es dann unangenehm. Selbstredend wird die Pendlerpauschale ersatzlos gestrichen werden und es wird sich eine Rückumsiedelung zu den Arbeitsstätten in den Städten anbahnen! Good bye, Ex Urbia! Und mit der Zersiedelung der Landschaft und den diskriminierenden „Einheimischen-Baumodellen“

auf Kosten der anderen Steuerzahler, insbesondere der Städter würde dann endgültig Schluss sein! Es liegt an Ihnen, wie und wo Sie leben und in welchem Umfang Sie dann Ihr knapper werdendes, zur Verfügung stehendes Nettoeinkommen für mobilitätsbezogene Steuern und Abgaben aufwenden müssen oder eben nicht!

- d) Diese CO₂-Pflichtabgaben auf alle Flug- und Fernreisen und auch Zwei-Tagesflüge nach Mallorca etc. werden der natur-, energie- und ressourcenverbrauchenden, im wesentlichen der Ablenkung der Bevölkerung dienenden dekadenten Tourismusbranche den schon längst fälligen Todesstoß versetzen. Kaum jemand wird und kann sich diese „diskretionären“ Ausgaben noch leisten wollen. Wenn Sie also in der Tourismusbranche beschäftigt sind, suchen Sie sich baldigst ein neues Betätigungsfeld! Wenn Sie an 3mal Urlaub pro Jahr, davon mindestens eine Fernreise, bisher gewöhnt waren, stellen Sie Ihr Urlaubs- und Freizeitverhalten um! Oder lernen Sie für weniger Urlaub mehr bezahlen zu müssen!
7. Versuchen Sie, dem geschilderten „Klimafünferl“ oder „Klimazehnerl“ pro von Ihnen verbrauchte Kilowattstunde Strom weitestgehend zu entgehen, indem Sie
- Ihren Stromverbrauch absenken und
 - alte Geräte durch energieeffiziente ersetzen
8. Entgehen Sie der später (rückwirkend eingeforderten?) „Flächenverbrauchssteuer“, indem Sie Bauvorhaben auf die „lange Bank“ schieben.
9. Gehen Sie keine neuen Schulden ein! Unterlassen Sie insbesondere den schuldenbeladenen Kauf von Immobilien außer vielleicht Äckern und Forsten, die sofort Erträge abwerfen! Streben Sie unbedingte Schuldenfreiheit an!
10. Wenn Sie das Rauchen und Trinken partout nicht aufgeben können, legen Sie sich mindestens einen Einjahresvorrat Ihrer legalen Suchtmittel Alkohol und Tabak an. Im Notfall verfügen Sie über günstig eingekaufte und gefragte Tauschware!
11. Kaufen Sie lang haltbare Qualitätsgebrauchsgüter! Erwerben Sie „China-Import-Plastikschröck“ nur, wenn es keine Alternative dazu gibt. Und besor-

- gen Sie sich diese Importgebrauchsgüter jetzt, bevor sie wirklich teuer werden!
12. Steigen Sie aus der Welt des ungedeckten Papiergeldes so weit wie möglich aus! Schützen Sie sich vor der staatlichen Beschlagnahmung oder dem Tausch Ihrer Aktien gegen wertlos werdende Staatsanleihen durch rechtzeitigen Abverkauf Ihrer Aktien zu einem guten Verkaufskurs. Insbesondere die dann infolge der Edelmetall-Hausse hochschießenden Minenaktien werden die Begehrlichkeit des Finanzministers wecken! Beleihen Sie und lösen Sie Ihre Lebensversicherungen und privaten Rentenversicherungen auf, solange dies überhaupt noch geht. Akzeptieren Sie Teilverluste, denn die Machenschaften der „Staatskrake“ mit Auszahlbegrenzungen und zeitlichen Auszahlsperrern etc. werden Sie wesentlich teurer zu stehen kommen! Schichten Sie die dadurch frei gewordenen Gelder in praktische Krisenvorbereitungen aller Art um, wo Sie auf keine Gegenpartei zur Durchführung mehr angewiesen sind und wo es keine für den Staat rückzuverfolgende Dokumentation wie z.B. bei anonymen Kauf von Lebensmitteln im großen Discounter mehr gibt!
 13. Spezielle Importausfälle, -beschränkungen und -verteuerungen bei Genussmitteln, Südfrüchten, Ananas, Gewürzen, Bohnenkaffee und Schwarztee, Reis etc. umgehen Sie ganz einfach legal, indem Sie heute einen 2- bis 3-Jahresvorrat derselbigen legal einlagern. Über jeglicher Art der Bevorratung machen Sie sich autark von direkten und indirekten Rationierungsmaßnahmen und brauchen während der Rationierungsphase nur noch ganz wenig am Warenkauf teilnehmen.
 14. Schwieriger gestaltet sich das „Abräumen“ und Umsetzen von größeren Ersparnissen. Die üblichen praktischen Krisenvorbereitungen werden schon viel Geld kosten, aber wohin mit dem Rest? Überlegen Sie sich, die „Drittel-Regel“ anzuwenden: ein Drittel in 10-Euro-Silbergedenkmünzen der BRD und Österreichs sowie in kleinen Euroscheinen mit dem X-Zeichen für Deutschland; ein Drittel in Silberanlagemünzen und das letzte Drittel in Goldanlagemünzen mit der Stückelung 1 Unze, ½ Unze und ¼ Unze Gold wenn all die praktischen Krisenvorbereitungsmaßnahmen und die Durchführung der nachfolgend geschilderten Maßnahmen nicht sowieso einen Großteil Ihres Budgets „auffressen“! Behalten Sie so wenig Geld auf Ihrem

Sparbuch wie möglich. Wenn Sie eine schuldenfreie eigengenutzte Immobilie mit Garten besitzen, erneuern Sie die energiekostenrelevanten Elemente wie Heizung, Fenster, Fassadendämmung, um der CO₂-Abgabe zu entgegenen! Gestalten Sie oder lassen Sie Ihren Garten zu einem ertragreichen Nutzgarten umgestalten. Denn vielleicht erlässt der Staat bei Versorgungseingpässen mit Nahrung zur Verbesserung der Versorgungssituation nach dem Kollaps der Globalisierung sowieso zwei Zwangsaufgaben:

- 1) Hausherrn müssen ihren Garten zu einem Nutzgarten umgestalten und einen bestimmten Ertrag an Gemüse, Erdäpfeln und Obst erwirtschaften und u.U. einen Teil für Lebensmitteltafeln etc. spenden
- 2) die Kommunen werden von der übergeordneten Rationierungsbehörde angehalten, soviel freie Flächen wie möglich als Kleingartenflächen auszuweisen, um möglichst vielen Städtern zu einer eigenen Nahrungsquelle zu verhelfen. Stadtnahe Umlandgemeinden müssten vielleicht Kleingartenanlagen für die Städter schaffen, damit insgesamt jede 2. bis 3. Städterfamilie zu einem Nutzgarten kommt. In einer solch schlimmen Zeit gibt es keine Handlungstabus mehr!

5. Fazit

Der Staat könnte aufgrund der genetisch implantierten Angst vor einer flächenbrandartigen Hyperinflation sehr versucht sein, in einem letzten Verzweiflungsakt per Notstandsverordnungen voll in die Eigentumsrechte seiner Bürger einzugreifen, um diese Hyperinflation abzuwehren. Und geben Sie sich bitte keineswegs der Illusion hin, unsere Regierung käme nie auf solche Ideen! Im Gegenteil, unsere Herrschaftskasten werden alles, aber auch alles zu unternehmen versuchen, um nicht im Chaos der Großen Depression und der Hyperinflation in eine für sie sehr ungewisse Zukunft abtreten zu müssen!

Dieser detailliert beschriebene Katalog an „Foltermethoden“ würde letztendlich nur das finanzielle, wirtschaftliche und physische Überleben der Menschen in der kurz darauf erfolgenden Hyperinflation auf das Höchste gefährden! Gleichzeitig würden Politiker und Banker in der Allgemeinbevölkerung so verhasst werden, dass jede Chance auf einen friedlichen Machtübergang bei Kollaps des Systems unmöglich gemacht würde! Die Masse, darunter auch viele kultivierte und gebildete Ex-Gutmenschen, würden dann nach dem Blut der Politiker und

Banker lauthals schreien – und es höchstwahrscheinlich bekommen! Der beim Reichstag im Berlin gelegene Wald „Tiergarten“ würde sich apokalyptisch in einen „Galgenwald“ verwandeln! Und die beschriebenen Vorgänge könnten sich in abgewandelter Form in ganz Europa wiederholen. Und das alles nur, weil unsere überforderten Politiker zu spät zuviel von den falschen Maßnahmen ergriffen haben könnten! Ich habe bewusst immer die Konjunktivform gewählt, weil die beschriebenen Ereignisse bisher nur eine noch nicht zwingend notwendig ablaufende Ereigniskette darstellen und von daher noch abgewendet werden könnten! Aber nur unter der Prämisse, dass es NICHT zur Realisierung des beschriebenen umfassenden Katalogs an massiven staatlichen Zwangseingriffen in das Volksvermögen als letzte Abwehrmaßnahme gegen eine Hyperinflation kommt!

Nach der Hyperinflation und einem Systemwechsel mit Elitenwechsel zum (hoffentlich) Besseren hin unter Beteiligung des Volkes sieht die Situation völlig anders aus: Denn dann hat das Volk eine furchtbare Zeit hinter sich, weiß sich in den neuen Herrschaftsformen gut vertreten, sieht sich von neuen unverbrauchten Eliten regiert, die teilweise aus seiner Mitte kommen werden, und es ist dann ob der Hoffnung für die Zukunft zu nationalen und individuellen Opfern bereit!

Grob geschätzt, liegt das „Abschöpfungspotential“ des diskutierten Kataloges an „Grausamkeiten“ gegenüber den Bürgern bei ca. 25 bis 30 Prozent des noch vorhandenen Volksvermögens und würde somit notdürftig und begrenzt zur Staatsfinanzierung und zum Hinausschieben der unausweichlichen Hyperinflation um ca. 1 bis 2 Jahre reichen. Aber zu welchem Preis!

Ich hoffe nur, unsere Politiker haben ein Einsehen und ziehen die Hyperinflation, die gewiss schrecklich genug ist, schnell und zielstrebig durch, um dem Volk ein möglichst langes Leiden zu ersparen und einen alsbaldigen wirtschaftlichen Neustart mit einer hoffentlich mit Edelmetallen gedeckten Währung und mit einer echten sozialen Marktwirtschaft in dem alten und doch neuen politischen System einer Monarchie mit einem aktiven Monarchen zu ermöglichen!

Denn die parlamentarische Demokratie und alle bisherigen „Spielformen“ davon wie z.B. „Volksdemokratie“ etc. werden so diskreditiert sein, dass sogar die Monarchie gute „Restart“-Chancen nach dem wie auch immer gearteten Abgang

der staats-, kultur-, familien- und gemeinschaftszerstörenden dekadenten Brut der „68er“ hat!

Und das wäre gut so! Tun Sie Ihr Bestes und schützen Sie sich!

Auf eine gemeinsame und bessere Zukunft!

©Robert Klíma, 31.12.2009

e-mail: robert-klima@t-online.de

Disclaimer:

Wir möchten feststellen, dass wir keine Finanzberater sind. Dieser Artikel ist daher als völlig unverbindliche Information anzusehen und keinerlei Anlage- oder sonstige Finanzierungsempfehlung – wie ein Zeitungsartikel. Wir verkaufen auch keine Finanzanlagen oder Kredite. Jegliche Haftung irgendwelcher Art für den Inhalt oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Bitte wenden Sie sich für rechtlich verbindliche Empfehlungen an einen lizenzierten Finanzberater oder eine Bank.